

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**19.01.2022
HHA**Fraktion DIE LINKE**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **Förderung von Vertriebenenverbänden beenden**

Einzelplan 03 Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 02 Sonstige Förderungen
Buchungskreis: 2295

Förderproduktnummer 1 und 2
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler sowie Förderung der wissenschaftlichen Forschung und Förderung von Integrationsmaßnahmen für Spätaussiedler

Veränderung

von um auf

Leistungsplan:

	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	1.857,0	-1.057,0	800,0
Produktabgeltung	1.857,0	-1.057,0	800,0

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Die Mittel zur Förderung von Integrationsmaßnahmen für Spätaussiedler sind zu nutzen um bisher bestehende Angebote für alle Migrant*innen zu erweitern und die Deutsch als Fremdsprache Lehrenden besser zu bezahlen.

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Mit der institutionellen Förderung von Vertriebenenverbänden und Landsmannschaften unterstützt die Landesregierung das Aufrechterhalten einer nationalistischen und teilweise revisionistischen Traditionspflege. Förderung von Kultur und Wissenschaft ist im Rahmen der Förderprogramme des Wissenschaftsministeriums möglich, die Sonderbehandlung der Vertriebenen hingegen ist zu beenden.

Die Landesregierung veranschlagt für Integrationsmaßnahmen, insbesondere Sprachkurse, von einem Personenkreis von unter 100 Personen 800.000 Euro. Diese Fördersumme erscheint pro Kopf unverhältnismäßig hoch zu sein, insbesondere im Vergleich zu den Ausgaben für Integration anderer Migrantengruppen in Hessen. Darüber hinaus ist nicht nachvollziehbar, weswegen Spätaussiedler in separaten Kursen unterrichtet werden, eine Teilnahme an den Sprach- und Integrationsangeboten, die für alle in Hessen lebenden Migranten bisher zur Verfügung stehen, erscheint sachgerechter. Die Gelder sind zu nutzen und bisher bestehende Angebote zu erweitern und die Deutsch als Fremdsprache Lehrenden besser zu bezahlen.

Wiesbaden, 19.01.2022

Für die Fraktion
DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende:

Jan Schalauske